

Die Dreiklasseneinteilung im neuen preußischen Wahlrecht.

Die Einteilung der Wähler in Preußen geschieht bisher nach der Höhe der Steuerleistung. Nach dem neuen Entwurf werden jedoch die nächst höheren Abteilung Wähler der zweiten oder dritten Abteilung zugewiesen, die entweder vor wenigstens zehn Jahren vor einer akademischen deutschen Behörde oder einer staatlichen oder kirchlichen Behörde in Preußen eine Prüfung bestanden

haben, zu deren Ablegung ein wenigstens dreijähriges Studium auf einer Universität oder einer sonstigen deutschen höheren akademischen Lehranstalt erforderlich ist, oder dem deutschen Reichstag oder dem preuß. Landtag als Mitglieder angehören oder wenigstens zehn Jahre hindurch angehört haben, oder gewählte Mitglieder eines preuß. Provinzialrats, Provinzialausschusses, Landesausschusses, Bezirksausschusses, Kreis- oder Stadtausschusses, oder unbefohlene Mitglieder des Magistrats oder unbefohlene Beigeordnete eines Stadtbezirks sind oder wenigstens zehn Jahre gewesen sind, oder dem deutschen Heere oder der kaiserlichen Marine als aktive Offiziere wenigstens zehn Jahre angehört haben und entweder zur Disposition gestellt oder zu den Offizieren des Neurambtenstandes überstehen sind oder den Abschied bewilligt erhalten haben. Der auf die bisherige Art gebildeten zweiten Abteilung werden die nach ihrer Steuerleistung in die dritte Abteilung fallenden Wähler zugewiesen, die

im unbefohlenen Ehrenamt:

Vorsteher, Beigeordnete oder sonstige Mitglieder des Magistrats einer kreisangehörigen Stadt oder des Gemeindevorstandes einer ländlichen Gemeinde oder Gutsvorsteher sind oder wenigstens zehn Jahre gewesen sind, ferner diejenigen, die Bürgermeister einer rheinischen Landshütermeisterei, Amtsmänner eines westfälischen Amtes, Amtsvorsteher oder Stellvertreter (Beigeordnete) dieser Ehrenämtern sind oder wenigstens zehn Jahre gewesen sind.

Dieser zweiten Abteilung werden ferner die eigentlich der dritten Abteilung zugehörigen Wähler überwiesen, die mit einem

Einkommen von mehr als 1800 M.

zur Staatsbeamtenkasse veranlagt sind und außerdem entweder seit wenigstens fünfzehn Jahren sich im Besitz der wissenschaftlichen Verdienstgung zum einjährig-freiwilligen Militärdienste befinden oder seit wenigstens fünf Jahren ununterbrochen die Berechtigung zur Anstellung im Zivildienste aus Grund wenigstens zwölfjährigen militärischen oder diesem gleichgestellten Dienstes oder die Berechtigung zur Anstellung im Postdienste bestehen. — Auf die Ausstellung zu einer höheren Abteilung nach Maßgabe der vorstehenden Vorschriften hat nur Anspruch, wer die begründenden Tatsachen der Gemeindebehörde spätestens im Verfahren zur Berichtigung der Wahllisten (Wählerliste, Abteilungsliste) nachweist.

Politische Rundschau.

Deutschland.

* Kaiser Wilhelm wird in den nächsten Tagen die bereits seit längerer Zeit studierbar in Deutschland weilende österreichische Militärkommission vor ihrer Rückkehr in die Heimat in Empfang nehmen.

* Die Reichsregierung gibt bekannt, daß vom 8. d. ab der Eintritt aus den Ver. Staaten die Vollzöge der geltenden Handelsverträge zu stehen. Präsident Taft hat von demselben Tage ab der deutschen Eintritt in den Ver. Staaten die Mindestlänge genehmigt.

* Der Bundesrat hat dem Entwurf eines Stellenvermögensgesetzes zugestimmt.

* Dem Bundesrat ist ein Gesetzentwurf über die Beitragsschaffung des Reiches zu Staats- und Gemeindebelägen vorgelegt. Der Entwurf bezweckt, geistlich festzulegen, inwieweit das Reich verpflichtet ist,

Eine titellose Geschichte.

4) Von Eugen Osborne.

(Forts.)

Ein Ausdruck der Bewunderung lag über sein Gesicht. „Lassen Sie mich den Schein sehn,“ sprach er kurz. Helene reichte ihn hin. Der Herr nahm ihn und blickte ihn. Noch klarer war die Bewunderung in seinen Augen hervor, die einem Ausdruck wichen, den dem jungen Mädchen weh tat, es wußte selbst nicht, warum. — Es lag etwas wie grenzenlose Entrücktheit darin. So überflog sie sein Blick eine Sekunde vom Kopf bis zu den Füßen. Ein weiches Herz mußte er jedoch besitzen, denn als er das Bild unausdrücklicher Verlegenheit wahrnahm, das das junge Mädchen darbot, schien er Mitleid zu empfinden, und sah schnell einen Grinsatz.

Was er tat, gelang auf unerwartete Weise und so plötzlich, daß es Helene war, als müßte sie die Bestrafung verlieren. Sie vernahm die Worte: „Der Mann ist im Irrtum, die Banknote ist richtig. Ich werde sie gleich wechseln.“ Sie sah einen Schatten, der verschwand, jedoch zugleich auch schon wieder da war. Sie fühlte plötzlich, daß eine ihrer Hände mit Papieren — Banknoten — angefüllt war. — Der Schatten war fort, — und sie stand da, verlegen als vorhin.

Nun war die Gesichter erst recht toll geworden. Eine Sekunde der Überlegung genügte, um daß jungen Mädchen davon zu überzeugen, wie unwahrscheinlich es war, daß der Kassierer sich geizt haben sollte. Darauf folgte hatte der

sich dem staatlichen und kommunalen Besteuerungsberecht zu unterwerfen, und damit Streitfragen zu betreiben, die wiederholt zu unliebsamen Erörterungen Anlaß gegeben haben. Der Entwurf will weiter den durch fabrikähnliche Reichsbetriebe in Mitteleuropa gezogenen Gemeinden, die zum Teil bisher auf Grund des Reichshaushaltsgesetzes Reichsbetriebe zu ihren Aufgaben erhalten haben, rechtlich tragbare Ansprüche gewähren und den elsass-lothringischen Gemeinden, die an Reichsbahnbahnen gelegen sind, Beiträge zu ihren Ausgaben zu führen. Seine Ziele entsprechen dienstlich oftmaß gehärteten Wünschen. Wie bereits früher im Reichstag in Aussicht gestellt, soll das Gesetz zunächst am 1. April d. in Kraft treten.

* Sicherem Vernehmen nach hat eine Delegation führender Parlamentarier über die neue preuß. Wahlreform ergeben, daß die Regierungsvorlage in ihrer jetzigen Form keine Ausübung auf Annahme hat. Vorauflöslich wird sich das preuß. Abgeordnetenhaus in seiner Mehrheit für Einführung der geheimen Wahl aussprechen. Ob die Regierung über diesen Punkt verhandeln oder ohne weiteres die Vorlage fallen lassen wird, wagt man in parlamentarischen Kreisen noch nicht zu entscheiden.

* Dem Landtag des Großherzogtums Sachsen-Weimar ist der Entwurf eines Vermögenssteuergesetzes vorgegangen. Danach soll mit Ausnahme des bereits zu Grundsteuer herangezogenen Grundbesitzes alles Vermögen der steuerpflichtigen Personen im Staate, soweit es den Gesamtwert von 5000 Mark übersteigt, zu einer neuen Ergänzungsteuer herangezogen werden. Die Staffelung beginnt bei einem Vermögen von 5000 M. mit 2 M. und erreicht bei 70 000 M. Vermögen den Satz von 30 M. Jedes weitere 10 000 Mark Vermögen steigt dann um je 5 M. Bei 200 000 M. Vermögen erreicht die Ergänzungsteuer die Höhe von 100 M. Für jedes weitere angefangene 20 000 M. Vermögen ist jedoch eine Staffelung um je 10 M. vorgesehen. Man schätzt, falls die Vorlage Geie wird, den Gesamtbetrag dieser Ergänzungsteuer auf etwa 260 000 M.

* Verschiedene Parteigruppen in Südhessen sind nach längeren Verhandlungen dahin übereingekommen, gemeinsam für eine beschleunigte Verfassungs- und Wahlreform in den Reichslanden zu wirken.

Frankreich.

* An Paris am nämlichen Stellen wird versichert, daß die in den letzten Wochen wiederholt verbreitete Nachricht, wonach Präsident Fallières mit Rücksicht auf seinen angeblich schwer erschütterten Gesundheitszustand die Abdankung vorsehen hätte, nach den im Mai stattfindenden Kammerwahlen von seinem Amt zurücktreten, den Tatsachen nicht entspricht. Das Vorhanda des Präsidenten ist keineswegs befürchtungsvorlegend.

* Die Regierung hat jetzt die Einzelheiten des neuen Flottenbauprogramms bekannt gegeben. Sie will vor allem den Bau großer Schlachtschiffe, der genaue Zeit veranschlagt worden war, vorbereiten und dabei eine völlige Neuaufstellung der Marine herbeiführen. Die Marinevorlage, die bereits vom Ministerrat genehmigt ist und einen Kredit von 1400 Mill. Franc für die bis zum Jahre 1922 vorzunehmenden Neubauten fordert, wird demnächst der Kammer gegeben. Die Vorlage sieht für die Schlachtschiffe 28 Panzerschiffe, 10 Aufklärungsschiffe und 52 Hochseetaufboote vor, während für die Küstenverteidigung 94 Unterseeboote und für ausländische Stationen 10 Schiffe bestimmt sind. Für die Auslandschiffe und die Panzer, die vor 1909 auf Spole gelegt sind, wird die Hochdienstdauer auf 25 Jahre, für die später auf Spole gelegten auf 20 Jahre festgesetzt. 20 Jahre gelten auch für die Aufklärungsschiffe, dagegen 17 für die Torpedo- und Unterseeboote. Mit dieser Flottenvorlage hat die französische Regierung einem schon vor längerer Zeit geäußerten Wunsche Russlands entsprochen, das nun seinerseits sein Landesheer organisieren wird. Der Zweibund wird also im Jahre

1922 über Matrosenstreiks verfügen, die denen Deutschlands bei weitem überlegen sind.

Belgien.

* Auf dem Kongreß der belgischen Sozialisten, der in Brüssel tagte, wurde mit großer Mehrheit beschlossen, falls ein liberales Ministerium zur Regierung kommen sollte, für dieses Kabinett aus den Reihen der Sozialisten Mitarbeiter zu nennen. Der Beschluss ist insofern bemerkenswert, als es die Sozialisten anderer Länder grundsätzlich ablehnen, in einem bürgerlichen Ministerium Parteigenossen als Minister einzuladen zu lassen.

Balkanstaaten.

* Nachdem die Schenkung des Sultans an den türkischen Flottenverein im Betrage von 23 000 Pfund im ganzen Lande so großen Anklang gefunden hat, will der Ministerrat nun auch der Kammer das längst geplante Flotten-Programm vorlegen. Danach sollen mit einem Kostenaufwand von 5 Millionen Pfund binnen zehn Jahren fünf Panzer, acht Torpedoboote und zwölf Zerstörer angekauft werden.

* Die Vertreter der Schleswig-Holsteiner, Griechen (Frankreich, England, Russland und Italien) haben jetzt der türkischen Regierung die bindende Frist gesetzt, daß sie die türkische Oberhoheit auf Kreta wahren und eine Teilnahme türkischer Abgeordneten an der griechischen Nationalversammlung unter keinen Umständen zugeben werden. Damit dürfte die türkische Frage wieder erledigt sein.

Afrika.

* Als dem Nordwesten Marokko kommt die überraschende Nachricht, daß die Maialiayen in den letzten Tagen wiederholt Angriffe auf spanische Soldaten unternommen haben. Man legt indessen in Madrid diesen Geschehen keinerlei Bedeutung bei, da es sich bei den Angriffen um die angehörigen von kleinen Stämmen handelt, die sich bereits in ihrer Gesamtheit unterworfen haben.

Athen.

* Im persischen Parlament kam es dieser Tage zu stürmischen Auseinanderen, als einige Abgeordnete dem Minister des Außenwesens vorwiesen, er habe nichts getan, um die türkischen Truppen aus dem Lande zu entfernen. Der Minister ist infolge der Angriffe zurückgetreten, die persische Regierung aber hat ernst in einer dringenden Note an Russland die Zurückziehung der Truppen verlangt. Ob freilich Russland ohne eine genügende Entschädigung das Feld räumen wird, ist sehr fraglich.

Erzherzog Franz Ferdinand in Petersburg.

Der österreichische Thronfolger Erzherzog Franz Ferdinand rüstet sich nach Petersburger Blättermeldungen zu einer Reise nach der Hauptstadt Russlands, um dem Zar seinen Besuch zu machen und so endgültig die Kluft zwischen beiden Staaten zu überbrücken. Selbstverständlich sollen sich die amüslichen Sitten diesem Aufsehen erregenden Gerüchte gegenüber im Still schweigen. Jedermann wäre diese Reise bedeutsam. Sie wäre das äußere Zeichen, daß die Verbindung, die nach der

Angliederung Bosniens und der Herzegowina

durch Österreich nahezu einen Krieg herbeigeführt hätte, wirklich beobhalten ist und daß beide Staaten wieder gemeinsame Interessen auf dem Balkan vertreten wollen. Russland muß erkennen,“ schreibt die N. Fr. Bresse, „daß der Zustand einer gefährlichen Politik des Einflusses nicht andauern könne. Zwei Großmächte, die ein so starkes Interesse an der Lage im Orient haben, können die Entscheidung über Krieg und Frieden und über das zwischen ihnen bestehende Verhältnis nicht den

Zutälligkeiten und Willkürlichkeit

in den kleinen Balkanstaaten überlassen. Das würde zu dem Widerstreit führen, daß Österreich

Ungarn und Russland in den höchsten Interessen davon abhängig wären, ob gerade diese oder jene Partei in den Balkanländern ans Stürze kommt. Die Annäherung zwischen Österreich-Ungarn und Russland würde ihnen nur zuträgen, worauf kein Staat verzichten kann: die Macht über ihre eigenen Besitzlässe.“ Wie wertvoll eine friedliche Überlehnung zwischen Russland und Österreich-Ungarn in den Balkanstaaten ist, haben erst die letzten Tage wieder gezeigt. Sankt Petersburg doch vor der Möglichkeit eines Krieges zwischen Griechenland und Bulgarien einerseits und der Türkei andererseits. Solche

gefährliche Kriegsheere,

wie man sie in Bulgarien und in der Türkei in der letzten Zeit beobachten konnte, wäre ein Ding der Unmöglichkeit, wenn Russland seinen Groß begraben und die ihm von Österreich entgegengestreckte Hand annehmen wollte. Wenn heute hoffen die kleinen Balkanstaaten bei ihren Verbündeten alles von der Entwicklung zwischen den beiden benachbarten Großmächten. Sind sie aber gesetzt, so ist eine Heze, die fast die Schwester zur Entscheidung zwingt, unendbar geworden. Das Österreich aber könnte im Falle einer Wiederannäherung an Österreich erst wütlich daran denken, seine

oststaatische Politik,

auf die es nun einmal angewiesen ist, wieder aufzunehmen. Amor hat der Zar in den Tagen von Racconigi, als er mit dem König von Italien zusammenkam, einen Vertrag geschlossen, der Russland und Italien an gemeinsame Interessenverteilung bindet, aber dieses Abkommen bietet der russischen Balkanpolitik nicht entfernt solche Sicherheit, als ein gleiches Abkommen mit Österreich. Kann aber Russland sich frei in Ostasien entfalten, so wäre dem immer zunehmenden Vordringen Japans in der Mandchurie ein Siegel vorgeschoben. Damit aber würde der Friede der ganzen Welt gefährdet Westmann.

Heer und Flotte.

* Die bisherige Kostbedeutung unserer Kriegsmarine wird eine Abänderung erhalten, die eine erfreuliche gesundheitliche Maßnahme darstellt. Bisher wurde der Stand der Marinemänner durch einen festen Bellulosestreifen verstärkt. Dieser Bellulosestreifen war nicht nur sehr feuergefährlich, sondern er hatte auch manche gesundheitliche Nachteile, da er in gewisser Beziehung der Ausbildung des Kopfes nicht förderlich war. Wenn auch das Tuch dadurch geschont wurde, so war doch die starke Schweineentwicklung auf der Stirn um, die durch Bellulosestreifen nur schlecht verdunkeln konnte, bei starker Arbeit und im Sommer für die Marinemannen höchst und schädlich. Außerdem hat die Marineweiterbildung bestanden, zur Verhinderung des Standes der Kopfbedeutungen von nun an nicht mehr Bellulosestreifen zu verwenden, sondern Streifen aus Pflanzenfaserstoff, die der Bedeutung des Schweines sehr förderlich sind und auch den Nachteil der Feuergefährlichkeit nicht haben. Die Bekleidungsmänner sind angewiesen worden, häufig nur noch Streifen aus Pflanzenfaserstoff zur Verwendung auszugeben.

* Die Gewährung von Nutzungs-Geld an die Mannschaften legt den Einjährig-Freiwilligen eine kleine Mehrabgabe auf. Von 1. Januar 1910 ab zahlen nämlich die mit der Waffe dienenden Einjährig-Freiwilligen, die sich nicht in Verpflichtung des Truppenteils befinden, für die ihnen zum Steinigen und Fechten der Handwaffen zu liefernden Projekts halbjährlich (Ende März und Ende September) den Betrag von je 1,75 M. Für die Zeit vom 1. Januar bis 30. März d. wird nur die Hälfte dieser Summe eingezogen.

Von Nah und fern.

Attentat auf einen Eisenbahnhauptmann. Bei der Station Buer im Ruhrgebiet wurde auf einen Personenzug geschossen. Ein Fenster wurde zertrümmert, Personen wurden nicht verletzt.

* Ich glaube an glückliche Sterne, mein Fräulein,“ so begann er die Unterhaltung in etwas leichterem und verbindlicherem Tone als gerade nötig war. Der heutige weiß mir aufschließende Weg zur angenehmen Bekanntschaft. Seien Sie nicht so grauenvoll, ihm böse Strafen zu wollen, sondern erlauben Sie mir den Versuch, durch meine geringe Unterhaltungsschärfe die Stunden der einstürmigen Reise Ihnen verkürzen zu helfen.

Aber auch Helene hatte sich schon gefragt. Ihr Naturrath stieß sie gegen die Beiraumtheit, die in diesen Worten, noch mehr aber in dem Ton der Freude bestand. Außerdem bewirkte sie sehr wohl, daß sie „mein Fräulein“ geworden war und das „andlige“ gar nicht mehr in Anwendung kam, während es selber nie ausgelassen worden war. Übrigens fühlte sie es mehr als sie es begriff, daß er sich ihr gegenüber nicht so benahm, wie er sollte. Ihre Antwort stand dabei mehr als läbi.

Ich verstehe es nicht, Sterne am Tage zu sehen; noch weniger vermögt ich Ihnen eine Bedeutung beizulegen. Mich führt auch nicht ein Stern, sondern ein Wagen der B. Schen Nordbahn nach einem bestimmten Zielziel, und Sie werden mir gesellen, mein Herr, unbedingt meinen Beobachtungen darüber nachzuhören.

Gern, mein Fräulein, wenn Sie möchten, um so mehr als es ein notwendiges Ziel und wichtige Ursachen sein müssen, die eine so junge Dame veranlassen, ohne angemessene Bekleidung und Schutz eine Reise zu unternehmen, zu der man in ihr kaum die nötige Gefahrung voraussehen kann.“